

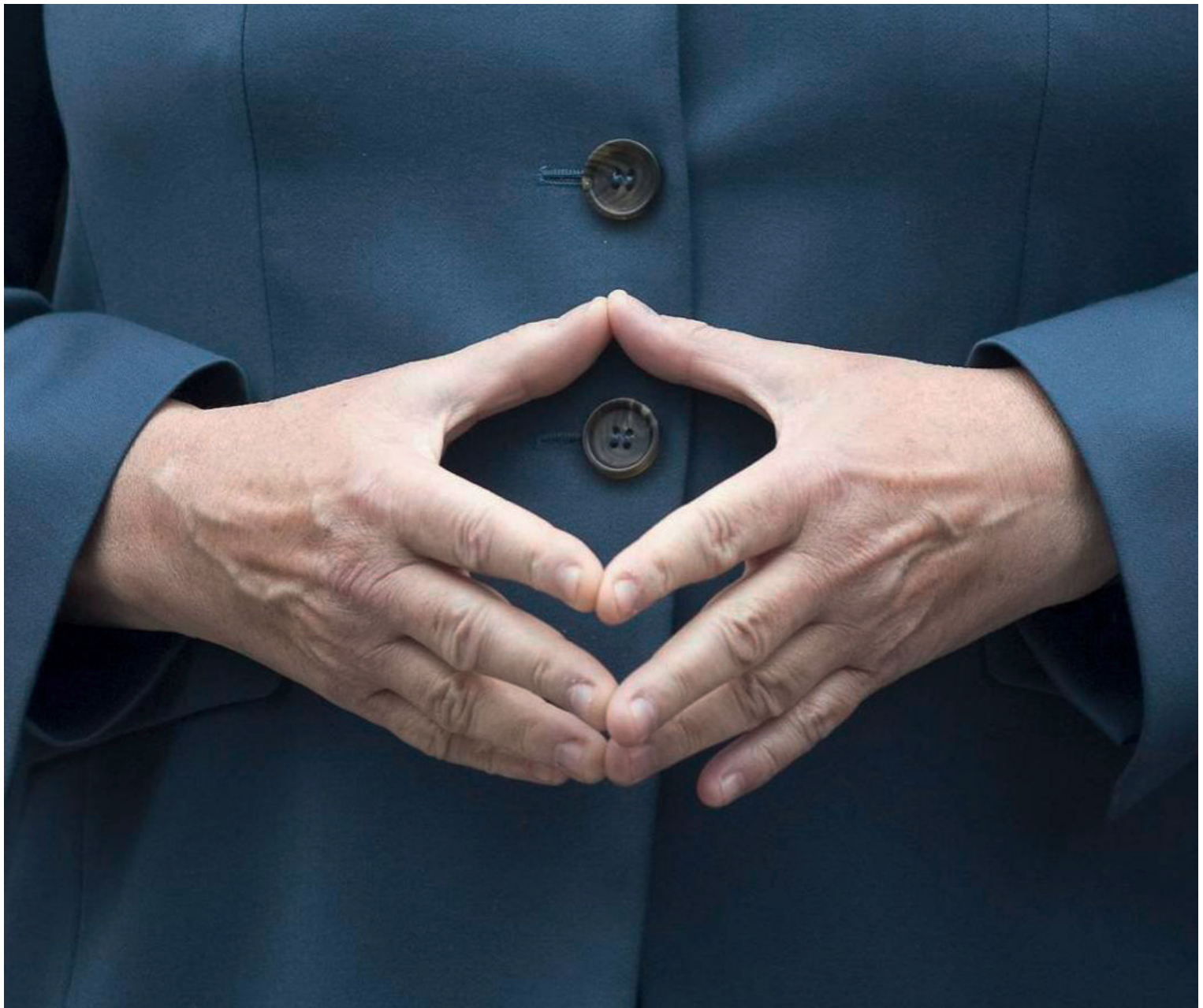
32. TAGUNG AM 6. UND 7. MAI 2019  
STEIGENBERGER GRANDHOTEL PETERSBERG,  
KÖNIGSWINTER/BONN



## White Paper

### **Stillstandsrepublik Deutschland:**

Wie kann kreatives Unternehmertum die Erstarrung auflösen und Deutschland zukunftsfähig machen?



# Wege aus der Erstarrung

## Ein White Paper zur 32. Tagung des Club of Logistics am 6. und 7. Mai 2019 in Königswinter

Wie ist es um den Wirtschaftsstandort Deutschland bestellt? Ist die Bundesrepublik nun Superstar oder Absturz kandidat? Und was können die Unternehmen von sich aus tun, um Deutschland flott zu halten? Mit diesem Fragenkreis beschäftigte sich der 32. Kongress des Club of Logistics, der am 6. und 7. Mai 2019 in Königswinter/Bonn stattfand. In mehreren Talkrunden beleuchteten Experten aus Wissenschaft, Publizistik und Industrie die unterschiedlichen Aspekte des Themas.

Ausgangspunkt und Grundlage der Diskussion bildete der gegenwärtige Zustand der deutschen Wirtschaft, einerseits im Vergleich zu den vergangenen Jahren, andererseits im Vergleich zu den internationalen Wettbewerbern. In letzter Zeit hatten sich dazu diametral entgegengesetzte Einschätzungen herauskristallisiert. Einem in der Presse sprudelnden Optimismus („Boomnation Deutschland“, „Deutschlands Wirtschaft strotzt vor Kraft“, „Der deutsche Wirtschaftsmotor brummt“ etc.) setzte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier mit der Bemerkung die Krone auf: „Die deutsche Wirtschaft kann in den nächsten Jahren weiter um zwei bis 2,5 Prozent pro Jahr wachsen. Ich halte es für möglich dass wir diesen Wachstumspfad noch für mindestens 15 bis 20 Jahre fortsetzen können.“

Als die Wirtschaftsdaten vor etwa einem Jahr schlechter zu werden begannen, mehrten sich die Abgangsfanfaren. Von der Gefahr, der „neue kranke Mann Europas“ zu werden, ist nun die Rede.

### Der Ist-Zustand des Standorts D

Den Aufstieg zur erfolgreichsten Volkswirtschaft Europas seit 2005 verdankt Deutschland nach Ansicht der Experten zu einem großen Teil den Reformen der Schröderregierung, die zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und einer Einschränkung des Sozialstaats geführt haben – also einer bewussten politischen Umsteuerung. Hinzu kommt laut einer Studie, die Prof. Dalia Marin von der School of Management der Technischen Universität München erläuterte, ein historisches Umwälzungsereignis: die Osterweiterung der EU und die damit verbundene Handelsliberalisierung. Sie führte zu einer Verlagerung der Lohnverhandlungen auf die individuelle Unternehmensebene mit der Folge von Lohnzurückhaltung und einer verlangsamten Steigerung der Lohnstückkosten im Vergleich zu den europäischen Handelspartnern. In den Unternehmen zog dies eine Dezentralisierung der Hierarchien nach sich, was zu einer Flexibilisierung der Entscheidungen beitrug und marktnäheren Managementebenen mehr Einfluss gab. Zudem wurde Produktion teilweise in den Osten verlagert, wo hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit geringeren Gehaltsansprüchen verfügbar waren.

Die Kombination vieler Faktoren hat somit zu dem hervorragenden Erfolg der deutschen Wirtschaft (vor allem dank des hohen Exportanteils) geführt. Gleichzeitig begünstigte dies jedoch Selbstzufriedenheit und Blindheit für bedenkliche Erosionserscheinungen in den letzten Jahren. Mittlerweile werden diese immer deutlicher spürbar.

Auf eine Reihe von „goldenen Jahren“, in denen das Wirtschaftswachstum weit über dem langjährigen Potenzial lag (mit einem Schnitt von fast 2,1 Prozent von 2014 bis 2017) bremste es sich 2018 abrupt auf 1,4 Prozent ab und wird sich nach Ansicht der meisten Experten 2019 nochmals halbieren. Während viele Beobachter bei der 2 vor dem Komma in Euphorie gerieten, warnten andere, der Boom sei nur scheinbar ein Zeichen deutscher Stärke. Er sei in erster Linie auf Sonderfaktoren (Niedrigzinspolitik, günstiger Eurokurs, Boom in Schwellenländern, hohe Importvolumina bei geringen Exporten der deutschen Haupthandelspartner, vorübergehendes „Konjunkturprogramm“ durch die Ausgaben für Flüchtlinge etc.) zurückzuführen, weniger auf die Kraft der deutschen Wirtschaft. Der rein auf exportfreundlichen Rahmenfaktoren beruhende Wachstumsschub trug seine eigene Schwäche mit sich: Was wenn die Zinsen steigen? Wenn der Boom in den Schwellenländern nachlässt? Wenn die Handelsungleichgewichte zu Gegenreaktionen führen? Wie wird es mit einem Wirtschaftsstandort weitergehen, dessen Stärke im Export liegt und daher von Ereignissen außerhalb des eigenen Einflusses bestimmt wird?

Fast all diese Veränderungen sind inzwischen eingetreten – bis auf die Nullzinspolitik der Notenbanken, an der sich wohl auch in naher Zukunft nichts ändern wird, dafür sorgt der Selbsterhaltungstrieb des Euroraums. Prompt sinkt auch das Wirtschaftswachstum auf einen Wert, der Mühe hat, die anämischen Durchschnitte der letzten Jahrzehnte zu erreichen. Den Wert des strukturell möglichen Wachstums für das nächste Jahrzehnt sehen internationale Experten auf 1,1 Prozent pro Jahr geschrumpft. Im Gleichschritt mit dieser Entwicklung verschwinden die riesigen Haushaltsüberschüsse der letzten Turbojahre.

Gleichzeitig werden andere ungünstige Entwicklungen sichtbar: Die Produktivität steigt kaum noch, die Belastung durch Bürokratie sowie Steuern und Abgaben für Bürger und Unternehmen ist im internationalen Vergleich sehr hoch, die Infrastruktur bröckelt oder wird viel zu langsam auf- und ausgebaut, die Innovationsfähigkeit geht zurück, selbst beim hoch gelobten Mittelstand. Und die niedrige Investitionstätigkeit bei Staat und Wirtschaft ist seit vielen Jahren ein Stein des Anstoßes, ohne dass eine Wende in Sicht ist.

Besonders bedenklich für die Exportnation Deutschland ist die rapide Erosion der Wettbewerbsfähigkeit, die in zahlreichen Analysen zum Ausdruck kommt. So platziert etwa das Schweizer „International Institute for Management Development“ (IMD) in seiner jüngsten Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften Deutschland im Vergleich von 63 Ländern auf Rang 17 – ein Absturz um 11 Plätze innerhalb von nur fünf Jahren und der niedrigste Stand seit 2006. Entsprechend rückläufig ist auch die Attraktivität Deutschlands für ausländische Investoren, wie die Standort-Attraktivitätsstudie des Beratungsunternehmens EY zeigt, die eine steigende Unzufriedenheit und einen Rückgang der Investitionen in Deutschland ausweist.

Auch den deutschen Unternehmen wird eine zunehmende Verkrustung attestiert, insbesondere durch Defizite bei der Digitalisierung. Nach einer EY-Erhebung sind unter den 1000 umsatzstärksten börsennotierten Konzernen der Welt nur noch 44 deutsche, deren Wachstum weit hinter dem der amerikanischen und asiatischen zurückliegt. Und auch der Mittelstand ist nicht mehr die Innovationsmaschine, die er einmal war: Nach einer Umfrage der DZ Bank will weniger als ein Drittel der deutschen Mittelständler seine Investitionen in Innovation ausweiten. Dies wäre aber wichtig, wenn neue Märkte erschlossen und neue Geschäftsmodelle realisiert werden sollen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass in den verschiedenen globalen Rankings zu den innovativsten Start-ups keine deutschen Unternehmen zu finden sind.

Dazu passt auch, dass die Gründerszene in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor schlecht abschneidet, obwohl sich nach Aussagen von jungen Unternehmern die Aussichten, Geld für ein Start-up zu bekommen, in den letzten Jahren verbessert haben. Zu wenig Gründer – dies ist wohl auch einem nicht auf die Vermittlung unternehmerischen und wirtschaftlichen Wissens ausgerichteten Bildungssystem zuzuschreiben. Deutschland liegt laut „Global Entrepreneurship Monitor“ hier auf Platz 42 von 54 untersuchten Nationen. Nicht umsonst machte sich Talkgast Lasse Land, Geschäftsführer der Pamyra GmbH in Leipzig, dafür stark, über ein besonderes Schulfach „Unternehmertum“ nachzudenken. Dies könne zu einem Abbau der Angst vor der Selbstständigkeit beitragen. Jan Borgstädt, Geschäftsführer von JOIN Capital in Berlin forderte eine engere Verzahnung von Schule und Wirtschaft durch mehr Schülerpraktika in Unternehmen.

Die meisten Studenten geben bei Umfragen an, im öffentlichen Dienst arbeiten zu wollen. Angst vor dem Scheitern angesichts einer in Deutschland wenig ausgeprägten Fehlerkultur ist ein wichtiger Grund für die Sehnsucht nach Jobsicherheit und staatlicher Absicherung. Und die gesellschaftliche Akzeptanz der freien Marktwirtschaft als Basis des Unternehmertums ist in Deutschland dünner als anderswo: In einer YouGov-Studie hatten nur 26% der befragten Deutschen eine positive Einstellung zur Marktwirtschaft, aber 45% eine positive Sicht des Sozialismus. In Großbritannien lagen Kapitalismus und Sozialismus fast gleichauf (33 zu 36%), in den USA überwog klar die Zustimmung zum Kapitalismus (52 zu 29%). Regelmäßig zeigen Umfragen darüber hinaus, dass in den angelsächsischen Ländern die individuelle Freiheit weit höher geschätzt wird als die staatliche Fürsorge, während in Deutschland typischerweise zwei Drittel der Bevölkerung mehr „staatliche Verantwortung“ fordern: Gemäß einer Ipsos-Studie aus dem Jahr 2018 bejahten in Deutschland nur 38% der Befragten die Aussage: „Individuelle Freiheit ist wichtiger als soziale Gerechtigkeit.“ In Frankreich waren es mit 36% noch etwas weniger, in Großbritannien (47%), Schweden (51%) und Italien (55%) dagegen wesentlich mehr, und in den USA sprachen sich sogar 66% für die individuelle Freiheit aus.

Unter den Fachleuten besteht ein breiter Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit zur Veränderung in Deutschland: Dass der gegenwärtige Zustand nicht zukunftsfähig ist, scheint unbestritten. Die Frage, was das Ziel der Veränderung sein soll, ist dagegen umstritten: Die Antworten fallen parteitypisch bunt gefächert aus und reichen von sozialistischen Verstaatlichungsforderungen bis hin zu mehr Marktwirtschaft mit Steuersenkungen und Entbürokratisierung.

## **Das Kreuz mit der Veränderung**

Wie groß ist die Veränderungsbereitschaft der Deutschen in einer Zeit, in der der Wandel die Normalität ist und Kreativität den Wohlstand sichern muss?

Umfragen belegen: Die Deutschen schätzen ihre persönliche wirtschaftliche Lage sehr positiv ein – kein Wunder nach einer Reihe von Boomjahren. So beurteilten bei einer Befragung im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) im Jahr 2018 fast zwei Drittel der Bundesbürger (63%) ihre finanzielle Situation als zufriedenstellend – der höchste Stand seit 2005 und ein Wert, der im Kreis der Industriestaaten nur noch von den Amerikanern übertroffen wird.

Doch abgesehen von den persönlichen Finanzen herrsche, so das Urteil der Talkgäste in Königswinter, eine wachsende Unzufriedenheit mit der politischen Situation. Die Politik habe ein „Angebotsproblem“, formulierte es Jörg Schönenborn, Fernsehdirektor des WDR Köln. Die Regierungsparteien werden zunehmend kritisch gesehen. Mit dem Versuch, es allen recht zu machen, trügen sie zur Verunsicherung angesichts der großen bevorstehenden Aufgaben bei. Die Deutschen sehen die Gegenwart als Umbruchzeit, in der sich die bislang fest gefügte Nachkriegsordnung aufzulösen beginnt. Auch das Unbehagen an der sozialen Marktwirtschaft wächst, ausgehend von der Finanzkrise, in der wesentliche marktwirtschaftliche Mechanismen wie Risiko, Haftung und Verantwortung durch die Rettung der Banken und den Schutz der Gläubiger außer Kraft gesetzt wurden.

Im Verhalten der deutschen Bevölkerung lässt sich eine folgenreiche Widersprüchlichkeit erkennen: Einerseits herrschen das Gefühl und die Überzeugung, dass Veränderungen nötig sind, um den Wohlstand zu erhalten, dessen Basis immer mehr Menschen bedroht sehen. Der Übergang von der Industrie- zur Digitalökonomie wird als entscheidend für den Fortbestand des guten Lebensgefühls wahrgenommen. Diese Erkenntnis trifft jedoch auf den Hang zur Bewahrung des Bestehenden, der seit vielen Jahren den fälligen Paradigmenwechsel verhindert. Dadurch bildet sich ein trotz Sehnsucht nach Veränderung übermächtiger Widerstand gegen Reformen heraus, der Deutschland zum „Resilienzweltmeister“ (Prof. Karl-Rudolf Korte, Direktor der NRW School of Governance in Duisburg) gemacht hat. Die Deutschen beflügelt offenbar die Aussicht auf Veränderung, aber nicht die Veränderung selbst. Die Angst vor dem Risiko verhindert Freude und Leidenschaft am Wandel, wie sie in angelsächsischen Ländern anzutreffen sind.

Kultureller Hintergrund ist die Risikoaversion, ein Misstrauen gegen schnellen Fortschritt, das sich auch an einer der bisherigen Stärken des deutschen wirtschaftlichen Erfolgs festmachen lässt, die sich heute zunehmend als Fortschrittsbremse herausstellt: der ganz auf inkrementellen Fortschritt und Optimierung des Bestehenden fixierten Ausrichtung der Ingenieurwissenschaft. Dagegen bevorzugt etwa die US-Gesellschaft das schnelle Entwickeln und Testen von neuen Technologien und Geschäftsmodellen, unter Einsatz von viel Risikokapital (allein dieser deutsche Begriff macht den Unterschied deutlich: Er stellt das hierzulande Angst-befrachtete Thema Risiko in den Vordergrund, während der englische Begriff Venture Capital eine positiv gesehene Bedeutung hat: etwas wagen, sich trauen und sich etwas zutrauen, eine Chance nutzen.).

Ablesen lässt sich diese Tatsache nicht nur an einem Hang zum Biedermeierlichen im Lebensstil (gespiegelt in hohen Auflagen von Zeitschriften, die das Landleben idealisieren), sondern auch am Wahlverhalten der Deutschen. Gewählt wird seit Jahren, wer am sichersten vor großen Veränderungen schützt, wer den Status Quo am besten garantiert (so wird zweimal eine Große Koalition gewählt, die eigentlich niemand so recht will). Daher sind die Ämter mit Bewahrern statt Veränderern besetzt. Die politischen Antworten auf die bestehenden Herausforderungen fallen entsprechend aus: Maßnahmen wie die DSGVO machen deutlich, dass Deutschland mehr damit beschäftigt ist, digitale Mauern um sich herum zu errichten als neue digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Paradoxerweise liegt darin eine große Gefahr: Mit der auf Besitzstandswahrung ausgerichteten Abwehrhaltung wird eine Vermögensillusion zementiert: Der Kapitalstock, den man in Deutschland bewahren will, kann angesichts des digitalen Wandels schon in fünf Jahren wesentlich weniger wert sein als wir heute glauben.

Was dabei als besonders besorgniserregend empfunden wird, ist die Unvermeidlichkeit des Wandels, verknüpft mit der Tatsache, dass Gesellschaften mit dem Willen zu Wachstum, Fortschritt und Dynamik wirtschaftliche Umwälzungen grundsätzlich besser bewältigen als eine Stillstandsgesellschaft wie sie in Deutschland zu beobachten ist. Hier lauert eine Gefahr für die westlichen Systeme von Demokratie und Marktwirtschaft: Die mit langsamen Prozessen arbeitende parlamentarische Demokratie wird zunehmend Schwierigkeiten haben, mit dem rasanten technologischen und ökonomischen Wandel Schritt zu halten, was sich in einem ständigen „Hinterher-Regulieren“ manifestiert. Daraus entstehen Wettbewerbsnachteile gegenüber Systemen wie der chinesischen gelenkten Wirtschaft, die sich in Wohlstandsverlusten zeigen werden. „Die ökonomischen Kosten von Demokratie steigen.“, bringt es Prof. Karl-Rudolf Korte auf den Punkt.

Je schneller sich der Wandel vollzieht, desto rascher müssen die Regeln der Gesellschaft angepasst werden. An dieser Anpassung wollen die Menschen aber beteiligt sein. Ein Weg in einen erfolgreichen Veränderungsprozess ist daher – so die Ansicht der Podiumsteilnehmer – nur zu finden, wenn den Bürgern Teilhabe an (oder zumindest ausreichende Transparenz in) den politischen Entscheidungsprozessen gewährt wird. Studien machen zudem klar, dass eine solche Mitentscheidungsmöglichkeit die Lebenszufriedenheit der Menschen merklich erhöht.

Was unerlässlich erscheint, ist ein tiefgreifender Umbruch in der Art und Weise wie Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle entwickelt werden, verbunden mit einem kulturellen Umdenken. Deutschland fällt nicht nur bei Technologie und Infrastruktur zurück, sondern auch hinsichtlich der Agilität der Unternehmen und bei den Führungsprinzipien. Technologiepessimismus und Bedrohungsängste lassen sich nur abbauen, wenn bereits in den Schulen Grundlagen des Unternehmertums und der Marktwirtschaft vermittelt werden. Die Gefahren des Denkens in Richtung Besitzstandswahrung und die Vorteile des „riskanten“, disruptiven Denkens müssen bereits zu einem frühen Zeitpunkt aufgezeigt werden.

## Soziale Schieflagen

Es würde an der tatsächlichen Situation vorbeiführen, wollte man aus dem Gesagten schließen, dass sich die Deutschen über die Richtung der nötigen Veränderungen einig sind. Ganz im Gegenteil. Disruptives Fortschrittsdenken ist der deutschen Kultur eher fremd. Im Vordergrund steht – wie oben beschrieben – bei den meisten Bundesbürgern nicht wirtschaftliche Freiheit sondern der Ruf nach staatlich gestalteter sozialer Gerechtigkeit.

Hier macht sich bemerkbar, dass in den Augen der meisten Deutschen eine große Schere zwischen Arm und Reich besteht. Zwar ist ein wachsender Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung unumstritten, um wie viel dieser Abstand gewachsen ist, hängt jedoch von den Details der Berechnung ab. Bezieht man sich auf das Einkommen, so ist der Abstand keineswegs dramatisch größer geworden: Verdiente das stärkste Zehntel der Deutschen 1980 das 2,9-fache des untersten Zehntels, so liegt der Abstand heute beim 3,7-fachen. Obwohl man hier nicht von einer drastischen Verschlechterung sprechen kann, hat sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung eine deutliche Schieflage ergeben – zum Teil weil Reichere durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes einen zusätzlichen Einkommensvorteil erlangt haben.

Die Forderung nach mehr staatlicher Umverteilung zum Ausgleich der wachsenden Unterschiede trifft in dieser Situation auf die liberale Ablehnung von staatlichen Eingriffen vor dem Hintergrund, dass es im Grunde nicht um die Spannbreite der Schere gehe, sondern darum, Menschen aus den untersten Einkommensgruppen „nach oben“ zu bringen – was mit sozialstaatlichen Methoden dauerhaft schwer zu bewerkstelligen sei.

Das Ansehen staatlicher Lenkung ist noch auf andere Weise ins Zwielicht geraten: Gerade durch Maßnahmen, die eigentlich wirtschaftlichen Segen bringen sollten, wurden Kollateralschäden geschaffen, die eine Interventionsspirale nach sich ziehen. Beispielsweise vernichtet die Niedrigzinspolitik das Vermögen der Sparer – jedes Jahr ein bisschen mehr. Vermögenden verschafft diese Politik dagegen neue lukrative Investitionsmöglichkeiten. Diese Ungleichbehandlung dringt zunehmend ins Bewusstsein der Menschen und führt zu Unbehagen und Wunsch nach Veränderung – allerdings wieder mit dem Ruf nach staatlichen Planungsmaßnahmen.

Welche politischen Steuerungselemente, die den Standort Deutschland wieder fit machen könnten, sehen die Experten in den Talkrunden jenseits der genannten Eingriffe in das Bildungssystem? Von einer staatsgetriebenen Standortpolitik, wie sie Wirtschaftsminister Peter Altmaier und der französische Staatschef Macron im Auge haben, halten sie wenig. Es handle sich dabei um ein Einschwenken auf den chinesischen Wirtschaftskurs. Im Gegenteil, der Staat solle an sinnvollen Stellen ansetzen und dort mehr als bisher investieren, etwa in der Infrastruktur und der Bildung. Auf Gebieten, die die Flexibilität lähmen, also alles, was die Wirtschaft mit Bürokratie und Kosten belastet, sollte sich der Staat zurückhalten. Teilweise werden auch Steuersenkungen als Unterstützung für die Wirtschaft ins Spiel gebracht. International wird ein Engagement für den Freihandel als wünschenswert erachtet. Auch den Zentralismus, der von der EU ausgeht, sehen vor allem wirtschaftsliberale Fachleute kritisch.

Angesichts der großen Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht, kann es sich dabei allenfalls um flankierende Maßnahmen handeln. Denn das bürokratische Korsett, die hohen Belastungen und die wachsenden Zukunftsaufgaben auf Sektoren wie Umwelt und Soziales versprechen wenig Spielräume, sowohl finanziell als auch strukturell. Die Rechnungen für die großen Wendepunkte bei Energie und Verkehr, rasant wachsender Druck auf die Sozialsysteme, Investitionen in die Verkehrs- und Digitalinfrastruktur, die Sicherheitsapparate sowie das Bildungswesen – dies alles kämpft um endliche finanzielle Ressourcen, die sich bereits wieder zu verknappen beginnen.

Die anstehenden Veränderungen erfordern mehr als kosmetische Eingriffe in ein bewährtes System. Was sich einmal bewährt hat, ist irgendwann „von gestern“. Müssen wir – so eine kurz angerissene Frage – vielleicht an das Allerheiligste der deutschen gesellschaftlichen Glaubenssysteme heran, den Sozialstaat? Nicht indem wir auftretende Löcher stopfen, sondern indem wir ihn grundsätzlich einer Revision unterziehen? Immer dann, wenn Kosmetik nicht mehr ausreicht, muss die Selbstreflexion die Selbstverständlichkeiten und Selbstgewissheiten auf den Prüfstand stellen. Warum also nicht auch hier?

Die Experten auf dem Podium äußerten dazu keine eindeutigen Vorschläge. Womöglich ist es – dies bleibt als nachdenkenswerte offene Frage – an der Zeit, eine ehrliche Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen und zu fragen: Warum schaffen es andere Staaten, mit weniger Steuer- und Abgabenbelastungen mindestens ebenso gute soziale Parameter zu erzielen wie Deutschland? Ist das Belehren der Welt, die soziale Marktwirtschaft sei bis zum Ende aller Tage das Non-plus-Ultra, am Ende ein teurer Selbstbetrug?

Dass beispielsweise eine Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger, die heute schon um mehr als die Hälfte über der der Amerikaner liegt, durch einen entsprechend höheren Wohlstand kompensiert wird, ist eine Illusion, die auf selektive Wahrnehmung und Vergleiche von Äpfeln mit Birnen zurückgeht. In seiner umfangreichen Studie „Amerikanische Verhältnisse“ weist Olaf Gersemann nach, dass bei objektiver Betrachtung die USA von Ausnahmen abgesehen unter dem Strich eher besser dastehen als Deutschland mit seinem unhinterfragten Schirm des Sozialen. Das Vorurteil, dass es in den USA mehr Armut gebe als hierzulande ist Folge völlig unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen. Vor allem zeigt sich, dass Armut und Ungleichheit, die direkt auf das Wirtschaftssystem zurückgehen (also die Werte VOR der staatlichen Umverteilung) niedriger liegen als in Deutschland.

Erst durch eine gewaltige (und selbst viele Ressourcen verschlingende) Umverteilungsmaschinerie gelingt es dem deutschen System beispielsweise, eine (geringfügig) niedrigere Ungleichheit zu erreichen. Bezahlt wird dies jedoch mit einer weit höheren Abgabenlast für die Arbeitnehmer. Lässt sich da wirklich von größerer sozialer Gerechtigkeit in Deutschland sprechen? Ist es nicht vielleicht so, dass gerade das Sozialsystem, das Ungerechtigkeiten verhindern soll, teilweise erst selbst die Probleme erzeugt, die es dann aus der Welt schaffen muss? Wie ist es beispielsweise zu erklären, dass in den letzten Jahrzehnten sowohl in den USA als auch in Deutschland die Mittelschicht geschrumpft ist – aber aus entgegen gesetzten Gründen: In den USA sank der Anteil der Mittelschicht an der Gesamtbevölkerung in den letzten 50 Jahren um 11%. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Geringverdiener um fast 9%, erhöhte sich aber der der Hochverdiener um fast 28%. Die Mittelschicht schrumpft, weil die Amerikaner immer reicher werden. In Deutschland, das stolz auf seine Umverteilung ist, verringerte sich jedoch der Anteil der Mittelschicht vor allem durch Abwanderung in die unteren Einkommenssektoren: Dreimal mehr Menschen rutschten in die Geringverdienerzone ab als in die Hochverdienerzone aufstiegen. Die Quote der Einkommensarmen steigt, die deutsche Mittelschicht schrumpft, weil immer mehr Menschen verarmen.

Ähnlich steht es um die soziale Mobilität. Während Deutschland laut einer Studie der OECD am unteren Ende der Mobilitätswerte ihrer Mitgliedsstaaten liegt, zeigen Analysen der amerikanischen Steuerbehörde, dass fast 75% der US-Bürger im untersten Einkommensfünftel mindestens einmal in ihrem Leben für mindesten zwei Jahre ins reichste Fünftel aufsteigen.

Das deutsche Umverteilungssystem ist somit zumindest nicht besonders effektiv. Berücksichtigt man die hohe Abgabenbelastung, die es den Bürgern abverlangt, die bürokratischen Fesseln, die es besonders auch für die Unternehmen mit sich bringt und seine Bremswirkung auf das Wirtschaftswachstum, so liegt es nahe, zu fragen, wie es reformiert werden könnte. Dass es zu einer drastischen Änderung kommen könnte, halten Experten jedoch für unwahrscheinlich, da viele Bausteine des Systems für Jahrzehnte gebunden sind. Die Ansprüche von Rentnern im bestehenden System lassen sich nicht einfach wegrationalisieren. Wahrscheinlich ist eine weitgehende Abkehr vom vertrauten Sicherungssystem auch in der Bevölkerung nicht erwünscht.

## **Blick in die Zukunft**

Wie steht es also mit der Stillstandsrepublik? Ein Kolumnist von Bloomberg beobachtet: „Verbreitet ist in Deutschland immer noch ein Maß an Selbstzufriedenheit und Schulterklopfen, das den Verdacht erweckt, dass das Land das wahre Ausmaß der Aufgaben, die auf es zukommen, nicht erkannt hat.“ In der Tat mehren sich Stimmen, die warnen: Wenig von dem, was uns stark gemacht hat, wird uns stark erhalten. Ob das exportorientierte Modell Deutschland überhaupt in dieser Form überleben kann, ist keineswegs sicher. Gute Produkte können inzwischen auch andere. Digitalisierung und künstliche Intelligenz ermöglichen völlig neue Businessmodelle, und wer meint, in der Zukunft nicht von revolutionären Entwicklungen überrascht zu werden, die keine Zeit mehr zum Aufholen lassen, wird sich noch wundern. Geschwindigkeit wird zum entscheidenden Faktor des Erfolgs werden, und hier liegt definitiv eine herausragende Schwäche Deutschlands – auch gegenüber anderen europäischen Staaten wie etwa dem Baltikum. Jens O. Happe, Managing Director von GEODIS Logistics Deutschland in Frankfurt am Main, beklagte beispielsweise die Hemmnisse für die Lagerlogistik durch die komplizierten Regulierungen im Bau- und Arbeitsrecht, die Projekte unnötig in die Länge ziehen. Die bremsende Wirkung vieler unterschiedlicher zuständiger Behörden und Ansprechpartner wurde ebenso kritisiert wie oft „undurchdachte“ Richtlinien der EU auch für den Logistiksektor.

Neue Player und neue Staaten werden mit frischen Ideen auf den Plan treten. Vor „Wir-schaffen-das“-Gewissheiten, die auf den Erfolgsrezepten der vergangenen Jahre beruhen, warnen Digitalisierungsexperten immer wieder.

Einen, wenn auch eher schwachen, Trost spendet der Zukunftsforscher Gábor Jánoszy, Geschäftsführer des Think Tanks 2b AHEAD, wenn er auf die Frage antwortet, wo er den Standort Deutschland im Jahr 2030 sieht: „Ich bin nicht ganz pessimistisch, und zwar aus folgendem Grund: Einige wenige Mächte, darunter die USA und wohl auch China, werden zwar die anderen weit abhängen, aber der Rest hat ähnliche Probleme wie wir. Ob Europäer, Japaner oder Russen – sie alle haben mit der Demographie, der Alterung etc. zu kämpfen und sind auch keine Könige der Geschäftsmodellinnovation. Was wir sehen werden, ist, dass sich hinter der Spitzengruppe eine große Lücke aufbaut, auf den Plätzen fünf bis 15 oder 20 aber alles ganz eng zusammenrückt. Einige werden absteigen, andere holen auf, wie Lateinamerika und Afrika. Der ganz große Absturz droht Deutschland nicht.“

Daher gilt es auch, der wachsenden publizistischen Panikmache Grenzen zu setzen. Schließlich gibt es in Deutschland Rahmenbedingungen, die eine solide Basis für einen erfolgreichen Wettbewerb darstellen – wenn sie bewahrt werden können. Dazu zählen Analysten vor allem das stabile politische und Rechtssystem, hoch qualifizierte Fachkräfte und ein hohes Bildungsniveau. Derzeit geraten einige dieser Pluspunkte aber ins Wanken. Insbesondere beim Thema Bildung besteht weitgehende Übereinstimmung, dass hier massiver Reformbedarf ansteht. Und was die Stabilität des politischen Systems angeht, bleibt abzuwarten, wie handlungsfähig es in Zukunft sein wird.

Bemerkenswerterweise hatten Vertreter der Logistikindustrie auf dem Kongress in Königswinter für die Unternehmen selbst vor allem eine Forderung parat: mehr Mut. Unabhängig von schlechten Rahmenbedingungen gebe es Möglichkeiten, einen individuellen Weg zum Erfolg zu finden und mit innovativen Konzepten auch bei den Themen Personalgewinnung und Ausbildung die Veränderung mit anzutreiben. Dies macht Hoffnung, denn nur eines ist garantiert: Ein bloßes Weiter-so zementiert die Stillstandsrepublik Deutschland.

## NACH-GEDACHT

Also doch. Der arme Kojote ist offenbar tatsächlich ein Symbol für die Situation des Standorts Deutschland. Dies ist mein Eindruck nach dem Kongress in Königswinter. Die Ansicht scheint mehrheitsfähig zu sein, dass Deutschland die Herausforderungen der Zukunft ohne große Blessuren und mehr oder weniger mit den bekannten und bewährten Methoden meistern wird und wir – um die ewig gleichen Politikerphrasen zu imitieren – „auf einem guten Weg“ sind.

Hier muss ich mich doch sehr wundern. Das liegt nicht nur an vielen bedenklichen wirtschaftlichen Parametern, die sich von Monat zu Monat häufen, nachdem zuvor die Experten von Dellen sprachen, die bald überwunden seien, nur um dann das nächste Quartal „enttäuschend“ zu finden und die positive Wende für das übernächste zu verkünden.

Es liegt auch nicht nur daran, dass wir offenbar immer noch nicht die Wucht der Veränderungen erahnen, die uns bevorstehen. Es scheint, als ob wir immer nur vom „bekannten Unbekannten“ ausgehen, und das „unbekannte Unbekannte“ verdrängen. Dieses ist es aber, was kommen wird wie das Amen in der Kirche, und was in meinen Augen uns Deutschen mit unserem Beharrungsvermögen weit mehr Probleme bereiten wird als vielen Wettbewerbern. Wir verhalten uns wie ein Surfer, der hört, es könne einen Tsunami geben und dabei denkt: „Ich habe schon viel mehr 3m-Wellen gemeistert als die Anderen, da wird es schon nicht so schlimm kommen.“ Wenn es dann doch so schlimm kommt, ist alle 3m-Erfahrung so unnütz wie das berühmte Fahrrad für den Fisch.

Viel schlimmer als diese Naivität ist aber, dass wir unverdrossen in die falsche Richtung aufbrechen. Wir schaffen immer mehr fesselnde Bürokratie, soziale Verpflichtungen und Hürden für eine wachstumsorientierte Wirtschaft. Die bis zur Panik gesteigerte Klimahysterie lässt nichts Gutes ahnen. Was uns bevorzustehen scheint, ist eine Art Notstandsgesetzgebung, die jede Bewegung des Landes unter Nachhaltigkeits- und Klimavorbehalte stellt. Mit dem Knüppel der Angst vor der Zukunft lassen sich so gut wie alle Operationen am offenen Herzen von Wirtschaft und Gesellschaft rechtfertigen. Dabei wird bald nach dem Vorsorgeprinzip der geringste Verdacht ausreichen, etwas gefährde das Leben in 100 Jahren, um alle wirtschaftlichen Vernunftargumente zu entkräften. Worauf das hinausläuft, kann man nur als Ökodiktatur bezeichnen.

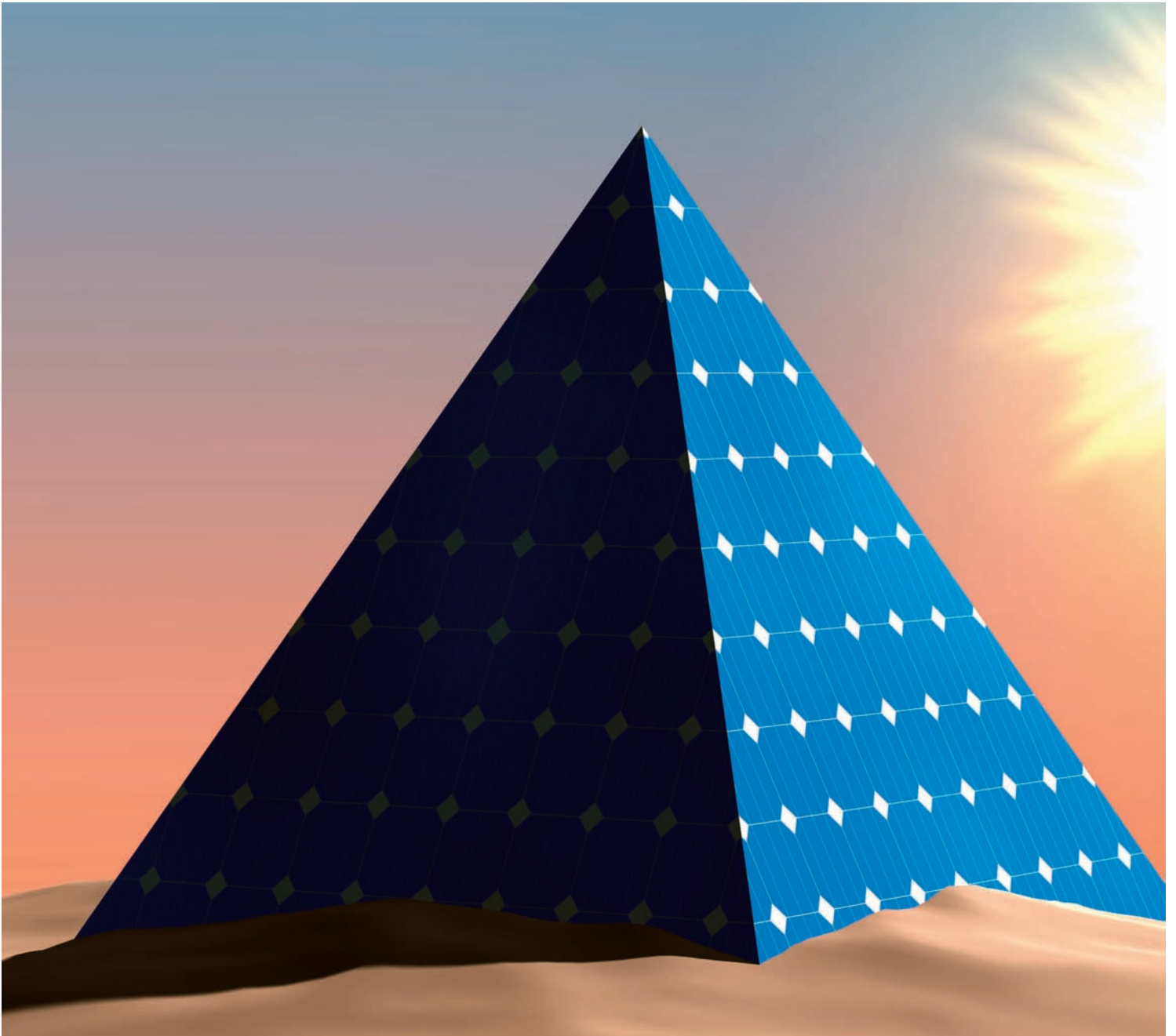
Geradezu grotesk wirkt dabei die Anmaßung, mit der Deutschland allen anderen Staaten seinen Weg aufdrängen will. Wer die schrillen Töne gegen Alleingänge von Trump oder den Briten im Ohr hat, kann angesichts des Klimaalleingangs unserer Politik nur den Kopf über so viel Blindheit gegenüber dem Balken im eigenen Auge schütteln. Niemand folgt einer Strategie, die die Wirtschaftsexperten des Wall Street Journal zur „dümmsten Energiepolitik der Welt“ gekürt haben und die einer der Hauptgründe dafür ist, dass die Australier aus dem Klimaaktivismus ausgestiegen sind. Die meisten anderen Staaten steigen gar nicht erst ein oder tun nur so als ob. Das Zeichensetzen der deutschen Politik, die unter Abwürgen des Wohlstands einen Zehntelprozentbeitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung leisten und die angebliche Katastrophe um eine halbe Stunde hinauszögern will, wird uns noch Leid tun. Meine Befürchtung ist, dass es uns erst viel schlechter gehen muss, bevor wir aufwachen.



Club of Logistics e.V.  
Wißstraße 7  
D-44137 Dortmund

Fon [+ 49\_2 31] 22 20 70-85  
[www.club-of-logistics.de](http://www.club-of-logistics.de)

Bildquelle:  
© [www.shutterstock.com](http://www.shutterstock.com)



Stand: 24. Juni 2019